

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Uta Zapf MdB zu Gesprächen im Brüsseler Hauptquartier der Allianz: Eine "neue" NATO?

Seite 1

Horst Sielaff MdB zum Welternährungstag 1991: Einen Sicherheitsrat zur Hungerbekämpfung einrichten.

Seite 3

Hans Bütner MdB zu den Vorstellungen eines CSU-Politikers über die Finanzierung der Pflegeversicherung: Glücks sozialpolitischer Offenbarungseid.

Seite 4

46. Jahrgang / 198

16. Oktober 1991

Eine "neue" NATO?

Zu Gesprächen im Brüsseler Hauptquartier der Allianz

Von Uta Zapf MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Die NATO muß ihre Ziele neu definieren. Die Veränderungen im Osten haben zum Wegfall der bisher der Strategie zugrunde gelegten Bedrohung geführt. Es gibt keine Bedrohung mehr - "die nicht mehr vorhandene Bedrohung" (Originalton Wörner), ist abgelöst von den Begriffen "Risikoabschätzung" und "Vorsorge gegen Instabilität". Die genaue Definition der Risiken aber bleibt unklar. Die Potentiale der Sowjetunion, die drohende Zersplitterung der Sowjetunion in berechenbare Einzelrepubliken, Übergreifen von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen wie in Jugoslawien auf NATO-Staaten und Migrationsbewegungen - dies sind die Stichworte der Diskussion, die auch die Mitglieder der Arbeitsgruppe Sicherheit bei einem Besuch des NATO-Hauptquartiers in Brüssel aufnahmen. Es gibt keine militärische Bedrohung mehr, dennoch bleibt - nach Ansicht der NATO - militärische Verteidigung nötig: flexibel, hochmobil und mit High-Tech ausgerüstet.

Sicherung von Ressourcen und Transportwegen (Golf!) zur Wahrung der Interessen der westlichen Industrienationen werden genauso genannt wie die Sicherung der südlichen Flanken gegen die Folgen sozialer Probleme und des Bevölkerungswachstums der Maghreb-Staaten.

Die neue NATO will "politischer" werden. Der Begriff "gemeinsame Sicherheit" - einst von Verteidigungsminister Wörner als "Sicherheitsrisiko" verunglimpft, - geht Generalsekretär Wörner locker über die Lippen.

Ein Beitritt der ehemaligen Ostblockstaaten Ungarn, CSFR und Polen, die zum wiederholten Male den Wunsch nach Mitgliedschaft in der NATO geäußert haben, wird mit Rücksicht auf die Bedrohungsgefühle der Sowjetunion abgelehnt. Ein "Liaison-Programm" mit diesen Staaten unter Einschluß der Sowjetunion - institutionalisierte Konsultationen und konkrete Kooperationen - sollen und können den Begriff "gemeinsame Sicherheit" mit Leben erfüllen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit recyceltem Papier
& Recycling-Papier



Die neue NATO will enger mit den anderen politischen Institutionen zusammenarbeiten: Europäische Union und WEU, KSZE und UNO. Die neue NATO soll aber auch in ihrer alten Struktur erhalten bleiben - sprich, noch gibt es keinen Konsens für 'out-of-area-Aufgaben'. Als Ausweg denkt man an Arbeitsteilung: Die WEU als Instrument für Aufgaben, die die NATO nicht erfüllen will oder kann; Interventionen nach dem Modell Golf, bewaffnete Truppen nach Jugoslawien, dafür würde man auch eine Eingreiftruppe der WEU begrüßen.

Ansonsten soll die WEU keine eigene Streitkräfte-Struktur entwickeln. Die Soldaten bekommen keinen Doppelhut, sondern eine doppelte Assignierung. Zu WEU-Zwecken (out-of-area) werden sie aus den NATO-Streitkräften herausgelöst - die NATO-Infrastruktur steht aber zu ihrer Verfügung. Diese Lösung hat den Charme, daß man auf einem relativ niedrigen Streitkräfte-niveau mit demselben alles machen kann: Europäisch out-of-area intervenieren, an UNO-Einsätzen teilnehmen oder als NATO den bisherigen Verteidigungsauftrag erfüllen.

So löst sich denn aufs Schönste jeglicher Konflikt: Die WEU bleibt unter Kontrolle der NATO (und unter Einfluß der USA), kann aber Missionen erfüllen, an der einzelne NATO-Partner nicht teilnehmen wollen. Daß nach dem Wegfall der Bedrohung die NATO ihre eigentliche militärische Bedeutung verloren hat, fällt dann nicht so auf.

Die Frage, ob angesichts eines postulierten Konzeptes 'gemeinsame Sicherheit' und angesichts der Erkenntnis, daß die Risiko-Szenarien allesamt nicht militärisch, sondern nur politisch lösbar sind, es nicht sinnvoller sei, Stabilität im Rahmen der KSZE zu organisieren, wird merkwürdig ausweichend beantwortet: Die KSZE könne in absehbar historischer Zeit die NATO nicht ersetzen, es ermangele ihr an Homogenität und das nötige Konsensprinzip stehe dagegen.

Ähnlich widersprüchlich schwankend zwischen neuem und altem Denken ist das Konzept für die Strategie: Die alte Triade wird durch die neue Triade abgelöst.

Aus der nuklearen Abschreckung wird die nukleare Abhaltung, der Einsatz der Atomwaffen zum 'last resort'. Logischerweise müssen dann die Gefechtsfeldwaffen und Kurzstreckenraketen weg (und weil es wegen der unkalkulierbaren Entwicklung in der Sowjetunion und der Gefahr der Proliferation schnell gehen muß, ohne Verhandlungen, aber auf Gegenseitigkeit).

Die Frage nach der Art der nuklearen Bewaffnung - mehrfach gestellt, - bleibt unbeantwortet. Nuklearwaffen seien in Zukunft nur noch politische Waffen. Was kann es da noch groß eine Rolle spielen, ob die NATO an moderne, luftgestützte Abstandswaffen denkt? FRAM ist tot, wird uns erklärt, gleichzeitig wird vorsichtig abgeklopft, ob die SPD denn einbindbar sei in einem Nuklearkonzept mit hochmodernen Waffen, aber auf niedrigerem Niveau? Daß dies nur moderne luftgestützte Abstandswaffen sein können, wird klar. Denn, so Präsident Bush: 'Die NATO muß in Europa ein wirksames atomares Potential für den Einsatz in der Luft behalten'.

(-/16. Oktober 1991/rs/fr)

Einen Sicherheitsrat zur Hungerbekämpfung einrichten

Zum Welternährungstag 1991

Von Horst Sielaff MdB

Vorsitzender des Unterausschusses "Welternährung, Weltlandwirtschaft,
Weltforstwirtschaft" des Deutschen Bundestages

Mit dem Motto des diesjährigen Welternährungstages "Bäume als Lebensgrundlage" macht die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, FAO, auf eines der größten globalen Umweltprobleme aufmerksam: Heute werden jährlich 17 Millionen Hektar Regenwald abgeholzt. Wenn dieser Trend nicht gestoppt wird, werden im Jahr 2000 eine Reihe afrikanischer und asiatischer Staaten ihre Waldbestände gänzlich verloren haben.

Die Folgen dieses gigantischen Raubbaus an den natürlichen Ressourcen (Treibhauseffekt, Zerstörung der Artenvielfalt) sind inzwischen weitestgehend bekannt. Durch den Puffereffekt der Weltmeere spüren wir allerdings vieles, was wir bereits heute an Schaden angerichtet haben, erst in einigen Jahren.

Mit dem Handeln dürfen wir nicht bis dahin warten!

Von den 5,3 Milliarden Menschen, die auf der Erde leben, hungern über zehn Prozent, das sind 600 Millionen. Hunger, Armut und Vernichtung des lebensnotwendigen Regenwaldes haben zu einem erheblichen Teil ähnliche Ursachen: Verschuldung, die Abhängigkeit vom IWF und Weltbank zwingt viele Entwicklungsländer zur Ausplünderung ihrer letzten Reserven und blockiert die Möglichkeiten des Aufbaus eigener funktionierender Wirtschaftskreisläufe. Ohne radikale Entschuldung der Entwicklungsländer gibt es keine Chance, einer Selbstversorgung im Ernährungsbereich in diesen Ländern näher zu kommen und die Regenwaldvernichtung zu stoppen.

Die Einrichtung eines Sicherheitsrates zur Bekämpfung von Hunger und globalen Umweltproblemen wäre nötig, um ein international abgestimmtes Vorgehen der Staatengemeinschaft zu gewährleisten.

Völlig unverständlich ist es angesichts dieser Situation, daß die bereits vorhandenen Strukturen zur Koordinierung von Aktionen zur Verbesserung der Lage von Welternährung und Weltforsten von so wichtigen Industrienationen wie Japan und USA praktisch boykottiert werden: die FAO hat über 300 Millionen Dollar der ihr zustehenden Haushaltsmittel noch nicht erhalten. Allein die Rückstände der USA belaufen sich auf 200 Millionen Dollar. Es droht ihnen inzwischen der Entzug des Stimmrechts in der Welternährungsorganisation, wenn sie weiterhin keine Beiträge bezahlen. Die FAO ist wegen der Haushaltslage nicht in der Lage, ihre Aktivitäten auszuweiten.

Einen Welternährungstag zu begehen ist eine sinnvolle Sache. Wenn es aber beim Begehen bleibt und keine Taten folgen, wird das Engagement gegen Hunger und globale Umweltprobleme zur Farce. Nichts kann sich die Welt weniger leisten.

(-/16. Oktober 1991/rs/fr)

Glücks sozialpolitischer Offenbarungseid

Zu den Vorstellungen des CSU-Politikers über die Finanzierung der Pflegeversicherung

Von Hans Böttner MdB

Mit seinen Äußerungen vor dem Münchner Presseclub hat der CSU-Fraktionsvorsitzende Alois Glück offenbart, wem faulen Kompromiß die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP in Sachen Pflegeversicherung ansteuern wollen. Die gesetzliche Pflegeversicherung mit einem Beitrag von 1,5 Prozent des Bruttoverdienstes soll es demnach nur geben, wenn im Gegenzug die Kranken und Alten, die die meisten Leistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung in Anspruch nehmen müssen, künftig neben ihrem Krankenkassenbeitrag noch einen erheblichen Eigenbetrag zu den jeweiligen Behandlungs- und Arzneimittelkosten zuzahlen.

Der Vorschlag Glücks deckt sich somit weitgehend mit dem Vorschlag des FDP-Sozialexperten Dieter Thomas, der am gleichen Tag gefordert hat, Versicherte mit einem Jahresbruttoeinkommen von über 50.000 DM sollen sich künftig mit 1.000 DM jährlich an ihren eigenen Gesundheitskosten zusätzlich zu ihren Kassenbeiträgen beteiligen.

Ein solcher Vorschlag ist der Offenbarungseid für die Sozialpolitik der Koalition. Da zu Pflegenden auch in Zukunft in der Regel diejenigen sein werden, die auch überdurchschnittlich viele Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen werden - bekanntlich steigen Gesundheitskosten mit zunehmendem Alter und bei Gebrechen - sollen sie nach CSU/CDU/FDP-Vorstellungen diejenigen sein, die ihre eigene Pflegeversicherung mit 1.000 DM zusätzlichen Zahlungen für Gesundheitsleistungen weitgehend selbst finanzieren.

Die SPD wird einen solchen Anschlag auf die Grundpfeiler des Sozialstaates mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Denn dadurch wird nicht nur das Solidarprinzip in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgehebelt, sondern der gesamte sozialstaatliche Konsens in Frage gestellt. Wie will man der Bevölkerung solidarisches Verhalten, nachdem Stärkere den Schwächeren helfen sollen, im Zuge des Einigungsprozesses und der Entwicklung in Europa und der Dritten Welt verständlich machen, wenn man es bei der Kernfrage der kaum steuerbaren Gesundheitssituation des Einzelnen, außer Kraft setzt.

(-/16. Oktober 1991/rs/fr)
